

Das Manifest der 60 Professoren

Plädoyer für eine Einwanderungspolitik

Es geht nicht so sehr um Nächstenliebe, sondern um deutschen und europäischen Eigennutz

Von Heribert Prantl

Wer heute etwas von Einwanderung sagt, erhält einen Aufschrei als Antwort. Wer eine deutsche und europäische Einwanderungspolitik fordert, über den fallen gnadenlos die vereinigten Vorurteile her: Ausländer raus, Schotten dicht! Wer seine Skepsis moderater formuliert, der sagt es so: Haben wir nicht schon mehr als genug Ausländer im Land? Sind wir nicht eben erst mühsam dabei, die Asylbewerberzahlen zu senken? Haben wir nicht schon eine Massenarbeitslosigkeit? Reichen denn die Probleme, die wir schon jetzt haben, nicht? Sechzig deutsche Professoren aus allen einschlägigen Fachbereichen („zusammengeführt hat uns die gemeinsame Sorge über die mangelhafte politische Gestaltung der Migration und ihrer Folgen in Deutschland“) stellen sich solchen Fragen – und halten dagegen: Gerade deshalb, weil die Probleme nicht explodieren sollen, brauchen wir, so fordern die Professoren, eine langfristige Einwanderungspolitik.

Einwanderungspolitik – das ist keine Politik der offenen Tür, sondern der Versuch, Einwanderung zu regeln, zu steuern und zu begrenzen, begleitet vom Bemühen, die zugelassenen Einwanderer schnell zu integrieren und einzubürgern. Die sechzig Wissenschaftler aus den Bereichen Wirtschaft, Recht, Geschichte, Pädagogik und Soziologie haben ein „Manifest der 60“ verfaßt, das sie als „Anstoß zu einer in Deutschland längst überfälligen Debatte“ verstehen. Nach ihrer Ansicht ist die wachsende Fremdenfeindlichkeit in Deutschland weder allein pathologischer Ausdruck einer allgemeinen Zivilisationskrise, noch natürliche Reaktion auf einen Zuwanderungsdruck: „Sie ist auch eine aggressive Antwort auf fehlende Konzepte.“

Autoren des Einwanderungsmanifestes sind folgende zehn Professoren: Klaus J. Bade, Direktor des Instituts für Migrationsforschung der Universität Osnabrück; die Ausländerpädagogin Ursula Boos-Nünning, Universität Essen; die Politikwissenschaftler Friedrich Heckmann, Universität Bamberg, Claus Leggewie, Universität Gießen, Dieter Oberndörfer von der Universität Freiburg und Peter J. Opitz von der Universität München; der Völkerrechtler Otto Kimminich, Universität Regensburg; Meinhard Miegel, Direktor des Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft in Bonn; der Demograph Rainer Münz von der Humboldt-Universität Berlin und der Öffentlich-Rechtler Michael Wollenschläger von der Uni Würzburg. 50 weitere Professoren, darunter der

Berliner Historiker Wolfgang Benz, der Theologe und neue Bischof von Berlin-Brandenburg Wolfgang Huber, der Frankfurter Psychotherapeut Horst-Eberhard Richter und der Darmstädter Finanzwissenschaftler Bert Rürup, haben das Dokument unterzeichnet.

Die Fakten: Fast überall in Europa schrumpfen die Geburtenzahlen, in Deutschland ganz besonders. Die Volksdeutschen in Polen, Rußland und Zentralasien sind kein unerschöpfliches Reservoir. In naher Zukunft steht Europa ein Alterungsschub bevor. Die Zahl der über 65jährigen wird sich in den kommenden

werden die Armen weiter zum Reichtum wandern – getrieben von Hunger, Unterdrückung, Bürgerkrieg und Zerstörung, gelockt von der Aussicht auf ein Leben, das ein wenig besser ist als das bisher gelebte. Erstmals in der Geschichte wird das Gefälle zwischen Nord und Süd, zwischen West und Ost via Film und Fernsehen nicht nur weltweit wahrgenommen, sondern auch als grobe Ungerechtigkeit empfunden – die Medien zeigen nämlich nicht nur den westlichen Wohlstand, sie lehren auch die universale Geltung der Menschenrechte.

Faktum drei: Die Bundesrepublik ist innerhalb der Europäischen Union das Land mit der stärksten Zuwanderung. Deutschland steht im Mittelpunkt zweier Migrationsrichtungen: zum einen der von Süd nach Nord und seit dem Zerfall des kommunistischen Machtblocks der von Ost nach West. Es fehlt gleichwohl an jeglichem Versuch, damit aktiv politisch umzugehen – es sei denn, man akzeptiert die rituelle Wiederholung des Satzes, Deutschland sei kein Einwanderungsland, als Politik-Ersatz. Bei dieser Behauptung handelt es sich freilich um eine *protestatio facto contraria*, um eine Lüge wider den Augenschein also. Die Bundesrepublik nimmt einen unkontrollierten Prozeß des Einsickerns von Einwanderern in Kauf und versucht dann nachträglich mit den Mitteln des Ausländer- und Polizeirechts damit fertig zu werden. Und daß ausgerechnet die Bundesrepublik, das Land mit den höchsten Zuwanderungszahlen in Europa, über keine eigenen dafür zuständige Behörde verfügt, stößt, wie die deutsche Ausländerbeauftragte Cornelia Schmalz-Jacobsen feststellt, bei den Staatssekretären und Ministern für Einwanderung der anderen europäischen Länder „auf Erstaunen und Unverständnis“. Schmalz-Jacobsen fordert deshalb – wie das *Manifest der 60* auch – ein eigenständiges Bundesministerium für Migration und Integration. Man könne die Probleme nicht quasi nebenbei von anderen Ministerien und von einer Ausländerbeauftragten „ohne jegliche exekutive Kompetenzen, dafür aber zwischen allen Stühlen sitzend“ bearbeiten lassen.

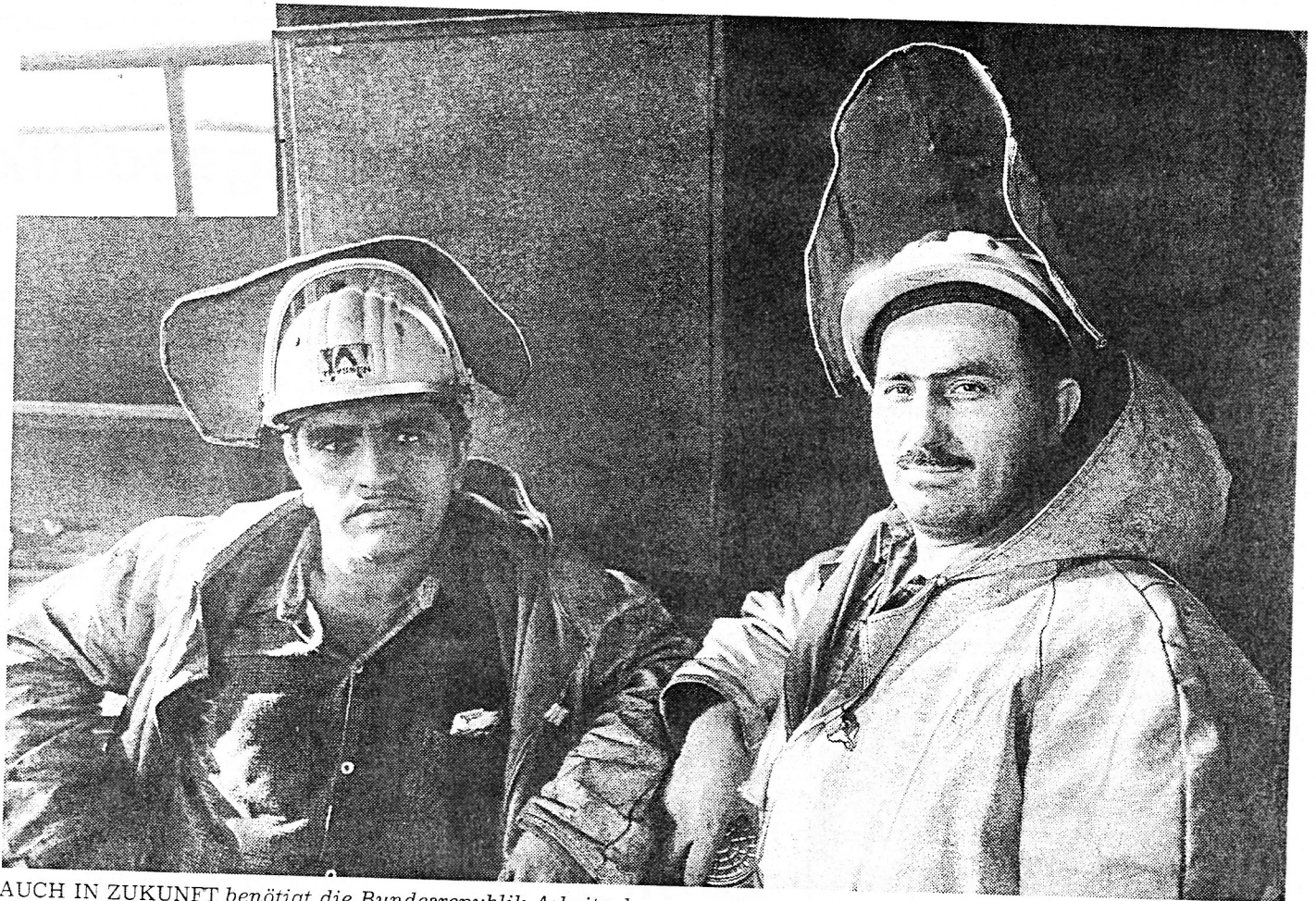
Wie lautet die Alternative? Das *Manifest der 60* klingt an dieser Stelle etwas verquollen: „Die Alternative besteht in formeller gesetzlicher Regelung und Institutionalisierung der Einwanderung im Rahmen einer Gesamtkonzeption mit klar abgesteckten Handlungsspielräumen und Zielvorstellungen.“ Es soll also künftig per Gesetz und orientiert an der deut-



(C. H. Beck Verlag München)

vier Jahrzehnten fast verdoppeln. Die Auswirkungen dieser Entwicklung werden nach dem Urteil des Wirtschaftswissenschaftlers Meinhard Miegel nur noch für die Dauer von ein bis zwei Generationen, etwa bis zum Jahr 2030, „handhabbar“ sein – bei sich freilich stets verschärfenden Schwierigkeiten. In drei bis vier Generationen, so der Wirtschaftswissenschaftler warnend, seien dann die „kritischen Untergrenzen demo-ökonomischer Stabilität unterschritten“. Das ist eine vornehme Umschreibung für das dann eintretende komplette Chaos. Es ließe sich aber, so Miegel und seine 59 Mitstreiter, „durch eine sorgfältig gesteuerte Zuwanderung verhindern“.

Faktum zwei: Migration, also weltweite Wanderung, findet statt, ob einem das nun paßt oder nicht. Sie findet auch dann statt, wenn die Politik sich vor ihr versteckt. Da der Reichtum in absehbarer Zeit nicht zu den Armen wandern wird,



AUCH IN ZUKUNFT benötigt die Bundesrepublik Arbeitnehmer aus dem Ausland.

Photo: Manfred Vollmer/SZ-Archiv

sehen Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung festgelegt werden, wie viele und welche Einwanderer kommen sollen.

Ob sich die Einwanderer daran halten? Illegale Einwanderung, so meinen die Professoren, sei zwar auch mit einer vorausschauenden Einwanderungspolitik nicht zu verhindern, aber vielleicht zu verringern – jedenfalls trügen klare Regeln zur Berechenbarkeit der Zuwanderung bei: Das Einwanderungsland, Deutschland also, bestimmt die Konditionen der Einwanderung – die deutschen Interessen regulieren also die Auswahl. Hier liegt der entscheidende Unterschied zum Asyl: In Flüchtlingsfragen geht es um Hilfe und Schutz, die Auswahl der

Asylbewerber erfolgt nicht nach Bedarf, sondern nach Rechtslage, im Grundsatz jedenfalls. Die Regeln für die Einwanderung sehen nach Vorstellung der sechzig Professoren so aus: „Einwanderer haben ihre Anträge grundsätzlich vom Ausland aus zu stellen. Übersteigt die Zahl der Anträge das vorgesehene Kontingent, so muß über ein Punktesystem nach den Kriterien von Herkunft, Qualifikation und Alter der Bewerber gewichtet werden. Personen, die einen Asylantrag gestellt haben, sollen erst nach einer angemessenen Frist als Einwanderer Berücksichtigung finden.“ Es soll freilich, heißt es etwas verschämt am Rande, nicht allein die Arbeitsmarktlage den Ausschlag

geben: Auch „humanitäre Aspekte sollen Berücksichtigung finden“. Nähere Angaben zum *Wie* fehlen.

Einwanderungspolitik kann, und sei sie noch so notwendig, nicht gegen den Willen der einheimischen Bevölkerung gemacht werden. Die sechzig Professoren verstehen ihr Manifest deshalb als den Versuch, Werbung zu betreiben. Und deshalb betonen sie auch, daß es ihnen nicht so sehr um globale Nächstenliebe gehe, sondern um den deutschen und europäischen Eigennutz. Und deshalb endet das Manifest mit der werbenden Klage: „Noch läßt die Migrationspolitik in Deutschland und in Europa diese Klugheit vermissen – langfristig zum eigenen Schaden.“